

Erfolgreiche Vorstösse

Die Prämienverbilligungs-Initiative der VU wurde von 22 Abgeordneten angenommen. Auch die Familien-Motion erhielt eine Mehrheit.

Im Bürgerpaket hat die Vaterländische Union angekündigt, dass sie dafür sorgen will, untere Einkommen zu entlasten. Vor allem bei den Gesundheitskosten ist hier der Druck aufgrund der KVG-Reform gestiegen. Mit 22 Stimmen hat der Landtag die Initiative der VU überwiesen, die grosszügig geschätzte 7,3 Mio. Franken mehr für Bedürftige und Familien zur Verfügung stellt, die berechtigt sind, eine Prämienverbilligung zu erhalten. Auch die Initiative von Johannes Kaiser, der die Subventionssätze noch grosszügiger ausgestaltet hatte, fand mit 13 Stimmen eine Mehrheit im Landtag. Immerhin ein Signal dafür, dass eine gewisse Korrektur der KVG-Reform nötig ist.



«Das Ziel ist aus meiner Sicht klar und ich vertraue hier dem Gesellschaftsminister, dass ein sinnvoller Gesetzesvorschlag möglich ist», erklärte Viola Lanter zur VU-Motion zur Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit.

Foto: Daniel Schwendener

Teufel an der Wand

Ja, die Ausweitung der Prämienverbilligung ist Symptombekämpfung. Die KVG-Reform hat zu mehr Eigenverantwortung geführt, leider aber auch zu höheren individuellen Kosten, welche auch die unteren Einkommen selbst stemmen müssen. Solange wir kein besseres System haben, sind Menschen darauf angewiesen, dass ihnen der Staat dabei hilft, die gestiegenen Kosten tragen zu können. Mit der Motion der VU zur Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit soll die Regierung Vorschläge machen, wie man Eltern unterstützen kann, damit keine Vorsorgelücken entstehen.

Nicht mehr und nicht weniger. Dadurch sollen und werden keine überbordenden Mehrkosten entstehen.

Anstatt sich aber für diese Menschen zu freuen, die es wirklich brauchen, nahm die Schwarzmalerei aus den Reihen der FBP und der Unabhängigen überhand. Interessanterweise wird bei Ausgaben, welche direkt oder indirekt den Wirtschaftszweigen der jeweiligen Abgeordneten zugutekommen, nicht so kritisch das Sparen eingefordert als bei den Ausgaben für die Einwohner der unteren und mittleren Einkommen. Die VU steht dazu, dass alle staatlichen

Ausgaben kritisch hinterfragt werden müssen. Sie löst aber das Versprechen ein, dass die Menschen auch davon profitieren sollen, wenn es dem Staat gut geht. Sie sollen nicht nur «den Gürtel enger schnallen müssen», wenn die Staatsfinanzen wieder knapper werden. Das ist aber auf absehbare Zeit nicht der Fall – zumindest nicht mit Blick auf die zwei Milliarden Franken auf der hohen Kante. Ja, die nächste Krise kommt bestimmt, aber nicht jeder konjunkturelle Abschwung ist elementar gefährlich für die gut gehäuften Staatsfinanzen. ■

Michael Winkler

Kommentar

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!



Michael Winkler
Parteisekretär

Noch in diesem Jahr – wohl im November – wird Liechtenstein über den Verpflichtungskredit für den Neubau des Landesspitals abstimmen. Mit einer guten Zweidrittelmehrheit stimmte der Landtag dem 65,5-Millionen-Kredit zu. Wie bereits vor acht Jahren ist die Bevölkerung gespalten. Das merkte man auch daran, dass sich nicht alle VU-Abgeordneten für ein Ja begeistern konnten. Es wird spannend. Die Befürworter wollen dieses Kapitel abschliessen und dem Landesspital eine zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung stellen. Damit sichere man sich die Souveränität und die Tarifhoheit über die Leistungen. Ansonsten liefere man sich ganz dem Ausland aus und riskiere, noch mehr zur Kasse gebeten zu werden. Die Gegner führen verschiedenste Argumente ins Feld: zu teuer, die Strategie stimmt nicht, es sind die falschen Leute am Ruder, es braucht gar kein Spital, das Spital rentiere nicht und oft wird auch eine Kooperationsstrategie mit Grabs ins Feld geführt, die es laut den handelnden Personen aus den verschiedensten Gründen gar nicht geben könne.

Es wäre falsch, den Teufel an die Wand zu malen: Wird der Kredit an der Urne abgelehnt, wird man – ebenfalls mit viel Geld – dafür sorgen, dass die alte Infrastruktur weiterhin brauchbar bleibt. Früher oder später wird man abermals über Alternativen diskutieren müssen, weil das alte Gebäude irgendwann nicht mehr brauchbar sein wird. Mit

einer Ablehnung werden daher keine Probleme gelöst, sondern nur Entscheidungen hinausgeschoben. Hier brachte es Mario Wohlwend in der Debatte auf den Punkt: «Sich in dieser Sache nicht zu entscheiden, ist langfristig auch eine Entscheidung. Wir sollten mit dieser guten Lösung mutig vorangehen und nicht auf die perfekte Lösung warten, welche nie kommen wird. Ansonsten werden wir den Anschluss in diesem Bereich verlieren.» Solange es das entsprechende Gesetz gibt, ist der Staat verpflichtet, eine entsprechende Infrastruktur zu betreiben. Jene, die generell gegen ein Landesspital sind, müssten einen Vorstoss zur Abschaffung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen eintreten.

Prominente Gegner der Vorlage führen zum Teil auch persönliche Schlachten: Ihnen wäre wohl bei der aktuellen Konstellation vollkommen egal, wie der Bericht und Antrag aussieht. Sie würden immer sagen: «Üsers Spitol scho – aber so NEIN.» Es wird emotional werden. Bei vielen ist seit mehr als acht Jahren die Stimmung so vergiftet, dass man die Argumente für die Annahme des Kredits wohl so oder so nicht mehr gelten lässt. Auch das ist in einer Demokratie legitim. Ich persönlich kann die Motive und Verwerfungen sogar gut nachvollziehen, wie tief persönliche Verletzungen in solchen Fällen sein können. Allerdings wird die Entscheidung durch ein Nein nicht gefällt, sondern abermals vertagt – und das wird ebenfalls viel Geld kosten. Ergo: Das Geld wird so oder so gebraucht. Bei einem Ja wäre aber wenigstens die Infrastrukturfrage für die nächsten Jahrzehnte geklärt!

Einladung zum Parteitag

Donnerstag, 19. September 2019
18:30 Uhr
Gemeindesaal Gamprin

VU. klar für Liechtenstein.

PROGRAMM

18:30 Uhr

APÉRO

19:00 Uhr

BEGRÜSSUNG

Parteipräsident Günther Fritz

EIN BLICK ZURÜCK

Regierungsrätin Dominique Hasler

STATUTARISCHE GESCHÄFTE

- Verabschiedung Jahresrechnung
- Entlastungen, Wahl der Revisionsstelle

DANKESCHÖN

an die ehemaligen Vorsteher Donath Oehri und Günther Kranz

EIN BLICK NACH VORN

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch

MUSIKALISCHE UMRAHMUNG

Suzie Candell

Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeiten